["Der gesamte Senat muss sich nun an den Masterplan gebunden fühlen. Wirtschaftsverkehr muss an erster Stelle stehen."]

18.06.18

"Der gesamte Senat muss sich nun an den Masterplan gebunden fühlen. Wirtschaftsverkehr muss an erster Stelle stehen."

Zur Überarbeitung des Masterplans Industriestadt Berlin 2018-2021 erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB):

„Der Masterplan adressiert viele wichtige Politikfelder, von der Fachkräftesicherung über die Digitalisierung bis hin zu wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen. Die Politik muss nun Prioritäten setzen. Denn es lassen sich nicht alle Maßnahmen auf einmal umsetzen. Zudem muss die Finanzierung der Maßnahmen gesichert sein. Vordringlich ist aus Sicht der Unternehmen, die Beschlüsse zur Flächensicherung rasch umzusetzen. Denn freie, zusammenhängende Flächen für Gewerbe und Industrie werden immer rarer. Nun Flächen zu kaufen und zu vermarkten, ist ein richtiger Schritt. Sonst werden Investitionen und Innovationen der Berliner Industrie schon im Ansatz ausgebremst.

Wir erwarten, dass sich nicht nur die Wirtschaftsverwaltung, sondern der gesamte Senat nun an diesen Masterplan gebunden fühlt. Die einzelnen Ressorts müssen intensiv zusammenarbeiten. Denn Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Das gilt insbesondere für den Wirtschaftsverkehr.

Die Unternehmen brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur und müssen gut erreichbar sein. Bei der weiteren Arbeit am Mobilitätsgesetz muss der Wirtschaftsverkehr deshalb an erster Stelle stehen.“

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihre Ansprechpartner zum Thema Industriepolitik

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] vme-net.de

Download VCF

Abteilungsleiter Innovations- und Digitalpolitik

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] vme-net.de

Download VCF